

LohnAs – Kanzleilohn 2024

Version: 4.61

Release: 1.41B

Releasedatum: 02.02.2024

Inhalt

1.0.	02.02.2024 - Updateinformation zur Version 4.61 / 1.41B	3
1.1.	Beitragssatzdatei vom 19.01.2024	3
1.2.	Programmanpassungen	3
1.3.	euBP elektronisch unterstützte Betriebsprüfung	4
2.0.	17.01.2024 - Updateinformation zur Version 4.61 / 1.41B	5
2.1.	Programmanpassungen	5
2.2.	IW – Elan.....	5
2.3.	Beitragssatzdatei vom 12.01.2024	5
3.0.	05.01.2024 - Updateinformation zur Version 4.61 / 1.41A	6
3.1.	Jahresupdate 2024 in der Version 4.61 Release 1.41A vom 05.01.2024	6
3.2.	Jahreswechsel Meldeverfahren	8
3.3.	neue Kataloge.....	8
3.4.	Konstanten 2024.....	8
3.5.	Beitragssatzdatei vom 02.01.2024	9
3.6.	Importfunktion für IW – Elan 2023.....	9
3.7.	Steuerberechnung 2024.....	9
3.8.	Erhöhung des Mindestlohns	9
3.9.	Wegfall der Bestandsschutzregelung für Entgelte im Übergangsbereich zum 01.01.2024 ...	10
3.10.	Elektronische Elternzeitmeldung.....	13
3.10.1.	Gesetzliche Grundlagen.....	13
3.10.2.	Elternzeit-Meldung für pflichtversicherte Arbeitnehmer	15
3.10.3.	Elternzeit-Meldung für freiwillig Versicherte	16

3.10.4.	Vorgehen in LohnAs	17
3.10.4.1.	Liste der Meldungen, Meldedialog und Meldehistorie.....	17
3.10.4.2.	Stornierung.....	19
3.10.4.3.	Krankenkassenwechsel.....	20
3.11.	Zahlstellenmeldeverfahren – Neue Version 5.0	22
3.11.1.	Entfall der Bestandsmeldung (MG 4)	22
3.11.2.	Begrenzung Höhe Versorgungsbezug	23
3.11.3.	Kennzeichnung anteiliger Ausschlussstatbestand	23
3.11.4.	Kennzeichnung von Waisenleistungen	24
3.11.5.	Eindeutige Angabe zum Anspruch auf Beihilfe durch die Zahlstelle	25
3.11.6.	Neuer Meldegrund – Rückmeldung unzuständige Krankenkasse	25
3.12.	Betriebsdatensatz: Koppelung Betriebsnummer und Unternehmensnummer	28
3.13.	Anpassungen im A1-Verfahren	30
3.14.	Änderungen in der EEL - Datensatzversion 12	32
3.15.	Verpflichtender Abruf einer Versicherungsnummer.....	34
3.16.	Soka-Berlin – Neues Arbeitgeber-Portal löst DAPI-Upload ab.....	34
3.17.	Saison-Kug/Kug – Neue Tabellenberechnung ab 01.2024.....	35
3.18.	Saison-Kug/Kug – Hinweis manueller Eintrag-Abrechnungsliste.....	36
3.19.	Bauhauptgewerbe – Änderungen SOKA-Beiträge ab 01.01.2024.....	36

1.0. 02.02.2024 - Updateinformation zur Version 4.61 / 1.41B

1.1. Beitragssatzdatei vom 19.01.2024

Es wird die aktuelle Beitragssatzdatei vom 19.01.2024 bereitgestellt.

Es ist korrekt, wenn nach der Aktualisierung keine Änderungen der Betriebsnummern oder Beitragssätze angezeigt werden. In dem Fall wurden seitens der Krankenkassen organisatorische Änderungen vorgenommen, wie z.B. eine Änderung der Internetadresse oder Entfernung alter Datenbestände.

Hinweis: Nach Bereitstellung einer aktualisierten Beitragssatzdatei seitens der ITSG werden diese Daten auf dem Updateserver bereitgestellt.

Es können zusätzlich zu den Versionsupdates unter *Online- Center > Programm – Kataloge* die Betriebsnummern und Beitragssätze aktualisiert werden.

1.2. Programmanpassungen

Es wurden Programmanpassungen vorgenommen, die folgende Sachverhalte korrigieren:

1. Meldeverfahren DSFZ – Elternzeiten


Meldungen für die Elternzeiten wurden im Lohnkonto ab 2024 über den gesamten Mandanten ausgewiesen. Jetzt wird im Lohnkonto auf die Personalnummer separiert.

2. Jahresmeldung erzeugt Kernprüffehler

In einer Anpassroutine werden mit Grundstellung [0000000000000000] belegte Unternehmensnummern für das Lohnkonto 2023 ebenfalls erneut bereitgestellt. Gleichzeitig wurde die Belegung der Unternehmensnummern bei Nachrechnungen in das Vorjahr angepasst.

1.3. euBP elektronisch unterstützte Betriebsprüfung

Grundsätzlich wird jetzt programmseitig der Prüfungszeitraum entsprechend den euBP-Grundsätzen vorgelegt.

geprüfter Zeitraum *	vom*	01	/	2020	Monat / Jahr
des Mandanten	bis*	01	/	2024	Monat / Jahr
Übermittlungszeitraum laut euBP-Grundsätzen					<input checked="" type="checkbox"/> 

Sollte ein von diesen Grundsätzen abweichender Zeitraum gewünscht werden, muss die Checkbox „freigeschaltet“ werden. Erst dann können die Felder entsprechend manuell belegt werden.

Wichtiger Hinweis zur verpflichtenden Übermittlung der prüfrelevanten Daten aus der Finanzbuchhaltung ab 01.01.2025:

Seitens LohnAs wird keine Schnittstelle für die Übermittlung von Daten aus der Finanzbuchhaltung zur Verfügung gestellt.

Bitte klären Sie zeitnah mit dem Anbieter Ihrer Finanzbuchhaltung die Umsetzung der notwendigen gesetzlichen Vorgaben.

2.0. 17.01.2024 - Updateinformation zur Version 4.61 / 1.41B

2.1. Programmanpassungen

Es wurden Programmanpassungen vorgenommen, die folgende Sachverhalte korrigieren:

- 1. Meldeverfahren DSAK – Arbeitgeberkonten Krankenkassen**
Bei der Bereitstellung des DSAK – Meldungssatzes wurde nicht die aktuelle Kernprüfung verwendet. Der Aufruf der Kernprüfung wurde aktualisiert.
- 2. Einzelwiederholung bei Personen mit Pfändung im Mandanten**
Wenn im Mandanten eine Person mit einer Pfändung vorhanden ist und eine Einzelwiederholung auf einen Mitarbeiter ohne Pfändung erfolgte, trat ein Fehler bei der Bereitstellung der Abrechnungsdaten auf. Dieser Sachverhalt wurde behoben.
- 3. Jahresmeldung erzeugt Kernprüffehler**
Jahresmeldung können in einem Mandanten einen Kernprüffehler auslösen, wenn für den Mandanten bereits vor der letzten bereitgestellten Version 4.61 Release 1.40F der Jahreswechsel ausgeführt wurde. Erst in dem Release 1.40F wurden die Felder Unternehmensnummer und Hauptbetriebsnummer für das kumulierte Lohnkonto 2023 bereitgestellt.
In einer Anpassroutine werden für das Lohnkonto 2023 die Unternehmensnummer und Hauptbetriebsnummer erneut bereitgestellt.
- 4. Abbruch bei Bereitstellung der Jahreslohnkonten**
Der Abbruch erfolgte nur im Zusammenhang mit mehreren Beschäftigungsverhältnissen. Es wurde eine Datenbankanpassung vorgenommen, die für den Abbruch der Jahreslohnkonten verantwortlich war.

2.2. IW – Elan

Die Ausgleichsabgabe und Schwerbehindertenanzeige für 2023 ist freigegeben.

2.3. Beitragssatzdatei vom 12.01.2024

Es wurde die aktuelle Beitragssatzdatei vom 12.01.2024 bereitgestellt.

3.0. 05.01.2024 - Updateinformation zur Version 4.61 / 1.41A

3.1. Jahresupdate 2024 in der Version 4.61 Release 1.41A vom 05.01.2024

Mit dieser Version ist die Abrechnung für das Kalenderjahr 2024 möglich.

Bitte installieren Sie diese Version erst, wenn Ihnen das Lizenzblatt zugestellt wurde.

Bitte beachten Sie, dass Sie für die Freischaltung

- **den Lizenzcode 2024 und**
- **die Zugangsberechtigung**

benötigen.

Führen Sie erst nach Erhalt der notwendigen Unterlagen das Update aus!

Ohne Zugangsdaten ist LohnAs – Kanzleilohn anschließend gesperrt!

Der Jahreswechsel wird unter *Online- Center > Programm – Module aktualisieren > Register Jahresupdate* ausgeführt.



Versionsupdate Elster Jahresupdate

Jahresupdate für LohnAs - Kanzleilohn 2024

Seriennummer 

auf Ihrem Arbeitsplatz installiert:	Version	4.61	Release	1.40F	vom	18.12.2023
auf dem Updateserver bereitgestellt:	Version	4.61	Release	1.41A	vom	05.01.2024

Mit dem Jahresupdate 2024 können Sie LohnAs - Kanzleilohn auf das neue Buchungsjahr aktualisieren.
Führen Sie erst nach Erhalt der notwendigen Unterlagen das Update aus!
Ohne Zugangsdaten ist LohnAs - Kanzleilohn anschließend gesperrt!

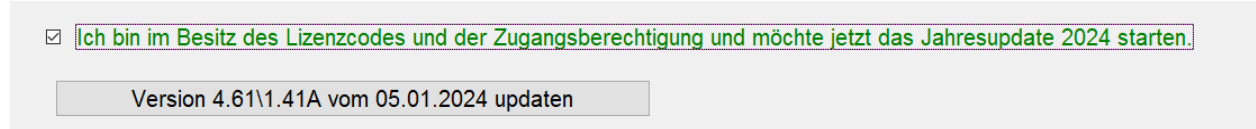
Für die Freischaltung des Jahresupdates 2024 erhalten Sie postalisch:
- den Lizenzcode
- und die Zugangsberechtigung.

☐ Ich bin im Besitz des Lizenzcodes und der Zugangsberechtigung und möchte jetzt das Jahresupdate 2024 starten.

Version 4.61\1.41A vom 05.01.2024 updaten

[Informationen](#)

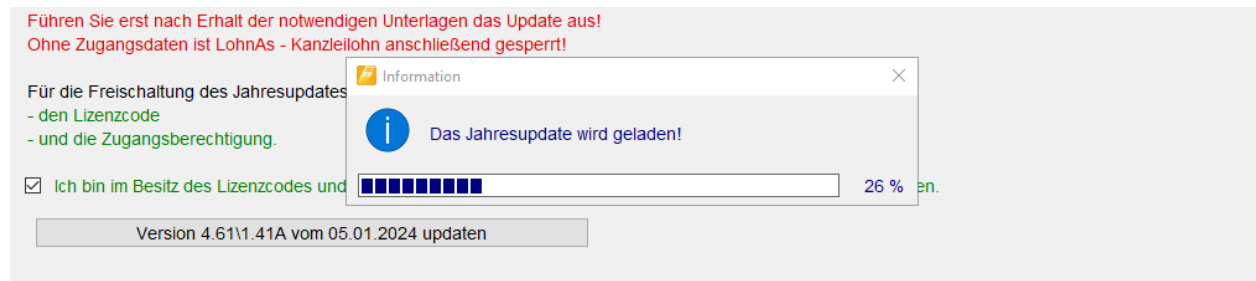
Nach Bestätigung der Checkbox für den Erhalt des Lizenzcodes und der Zugangsberechtigung wird die Schaltfläche für das Jahresupdate 2024 freigeschaltet.



☒ Ich bin im Besitz des Lizenzcodes und der Zugangsberechtigung und möchte jetzt das Jahresupdate 2024 starten.

Version 4.61\1.41A vom 05.01.2024 updaten

Das Jahresupdate 2024 in der Version 4.61 Release 1.41A vom 05.01.2024 wird vom Updateserver heruntergeladen.



Führen Sie erst nach Erhalt der notwendigen Unterlagen das Update aus!
Ohne Zugangsdaten ist LohnAs - Kanzleilohn anschließend gesperrt!

Für die Freischaltung des Jahresupdates
- den Lizenzcode
- und die Zugangsberechtigung.

☒ Ich bin im Besitz des Lizenzcodes und

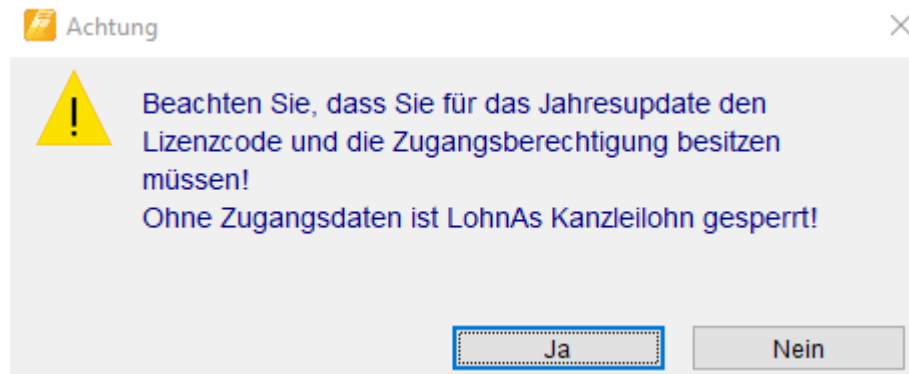
Information

Das Jahresupdate wird geladen!

26 % en.

Version 4.61\1.41A vom 05.01.2024 updaten

Nach Bestätigung der Meldungsbox mit ‚Ja‘ wird das Jahresupdate installiert.



Achtung

Beachten Sie, dass Sie für das Jahresupdate den Lizenzcode und die Zugangsberechtigung besitzen müssen!
Ohne Zugangsdaten ist LohnAs Kanzleilohn gesperrt!

Ja Nein

Alternativ kann das Jahresupdate über das LohnAs Wiki unter <http://wiki.lohndata.de> > Kundenbereich > Downloads > Jahresupdate LohnAs Kanzleilohn Version 4.61 Release 1.41a vom 05.01.2024 heruntergeladen werden.

3.2. Jahreswechsel Meldeverfahren

Die Erstellung der Meldungen wurde wieder freigeschalten.

Im Mandanten können die Meldungen wieder erstellt werden. Müssen die SV – Meldedaten nachträglich bereitgestellt werden, führen Sie die Erstellung wie folgt aus:

- DEÜV – Meldeverfahren
Meldungen erneut erstellen und dem Meldespool übergeben
- alle anderen Meldeverfahren
Meldungen mit dem Button ‚Meldedaten des Mandanten aktualisieren‘ und dem Meldespool übergeben

Meldedaten aus den Kanzlei - Meldespools unter Kanzleicenter > Datenübermittlung > Datenübermittlung können wieder übertragen werden!

3.3. neue Kataloge

Aktualisierung der:

- SV- und Steuerkonstanten
- Beitrags-, Umlage- und Versorgungssätze
- Unfallversicherung
- Fahrtarifestellen

3.4. Konstanten 2024

Die Konstanten für 2024 sind entsprechend den Veröffentlichungen angepasst.

3.5. Beitragssatzdatei vom 02.01.2024

Es wurde die aktuelle Beitragssatzdatei vom 02.01.2024 bereitgestellt.

3.6. Importfunktion für IW – Elan 2023

Die Importfunktion für die Ausgleichsabgabe und Schwerbehindertenanzeige 2023 ist noch in Bearbeitung und wird in einem nachfolgenden Update bereitgestellt.

3.7. Steuerberechnung 2024

Die Steuerberechnung für 2024 wird nach der vom Bundesministerium der Finanzen veröffentlichten Steuerberechnung vom 03.11.2023 nach § 39b Absatz 6 EstG ausgeführt.

Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) hat im BMF-Schreiben für den Lohnsteuerabzug 2024 folgendes veröffentlicht:

„Der Programmablaufplan berücksichtigt nicht die möglichen Änderungen durch das noch nicht abgeschlossene Gesetzgebungsverfahren zum Wachstumschancengesetz. Diesbezüglich wird Anfang 2024 - nach Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens - ein geänderter Programmablaufplan für die maschinelle Lohnsteuerberechnung mit weiteren Einzelheiten zur Korrektur des Lohnsteuerabzugs bekannt gemacht.“

Wir werden nach der Veröffentlichung des geänderten Programmablaufplanes 2024 eine Steuerrückrechnungsroutine zur Verfügung stellen.

3.8. Erhöhung des Mindestlohns

Ab dem 01. Januar 2024 steigt der Mindestlohn von derzeit 12,00 Euro auf 12,41 Euro. Die Erhöhung hat zudem auch Auswirkungen auf die dynamische Geringfügigkeitsgrenze sowie den Übergangsbereich.

Folglich steigt die Verdienstgrenze für Minijobs zum 01.01.2024 von bisher 520,00 Euro auf 538,00 Euro an. Die Grenzwerte für den Übergangsbereich erstrecken sich nun von 538,01 Euro bis 2.000,00 Euro. Fällt das Gehalt eines Arbeitnehmers unter 538,01 Euro, muss das Arbeitsverhältnis in einen Minijob geändert werden.

3.9. Wegfall der Bestandsschutzregelung für Entgelte im Übergangsbereich zum 01.01.2024

Für die Zeit vom 01. Oktober 2022 bis 31. Dezember 2023 wurden Übergangsregelungen geschaffen, wonach Beschäftigungsverhältnisse mit einem regelmäßigen Arbeitsentgelt von 450,01 bis 520 Euro im Monat ggf. aus Bestandsschutzgründen in der Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung trotz der Anhebung der Geringfügigkeitsgrenze auf 520 Euro weiterhin der Versicherungspflicht unterliegen (Übergangsfälle). In diesen Fällen bestand jedoch auch die Möglichkeit, sich von der Versicherungspflicht befreien zu lassen.

Zum 01. Januar 2024 sind die Beschäftigungsverhältnisse aufgrund des Auslaufens der Übergangsregelung versicherungsrechtlich neu zu beurteilen.

ACHTUNG: Aufgrund der individuellen und arbeitsrechtlichen Sachverhalte, können keine programmseitigen Anpassungen erfolgen. Entsprechende Änderungen müssen durch den Anwender manuell vorgenommen werden und sind nachfolgend beschrieben.

1. Der Anwender hat grundsätzlich zum 01.01.2024 den Haken aus der Checkbox „Bestandsschutz“ zu entfernen.

Personal > SV / Steuer > Allgemeine SV-Daten > Übergangsbereich

DEÜV	Tätigkeit	Besonderheiten	Rechtskreis	Versorgungswerk	Meldung 57
<p>Übergangsbereich</p> <p> <input type="radio"/> Nein <input type="checkbox"/> AV - Berechnung nach Übergangsbereich (Par. 27 Abs. 2 SGB III) <input checked="" type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Verzicht zur Reduzierung des AN - Beitrages zur RV - nur bis 06 / 2019 zulässig </p> <p>Bestandsschutzregelung</p> <p>Für Beschäftigte, die vor dem 01.10.2023 auch weiterhin in diesen Entgeltgrenz</p> <p> <input checked="" type="checkbox"/> Bestandsschutz <input type="checkbox"/> Familienversicherung liegt vor </p> <p>Befreiung von der Versicherungspflicht</p> <p> <input type="checkbox"/> Krankenversicherung / Pflegeversicherung </p>					

Achtung

Soll der Bestandsschutz zurückgesetzt werden? Es werden alle Einträge zum Besitzstand entfernt!

2. Aufgrund der versicherungsrechtlichen Beurteilung muss ggf. eine Anpassung des Personen- sowie Beitragsgruppenschlüssels durch den Anwender erfolgen. Sobald der Haken der Bestandsschutzregelung entfernt wurde, wird hier systemseitig der BGS 1111 und PGS 101 vorgegeben.

Personal > SV / Steuer > Allgemeine SV-Daten > DEÜV

DEÜV	Tätigkeit	Besonderheiten	Rechtskreis	Versorgungswerk	Meldung 57	Übergangsbereich												
<p>Personengruppenschlüssel (PGS)</p> <p> Personengruppenschlüssel * 101 Sozialversicherungspfl. Beschäftigte </p> <p>Beitragsgruppenschlüssel (BGS)</p> <table> <tr> <td>Krankenversicherung *</td> <td>1</td> <td>KV-Pflichtig, normaler %-Satz (AN-Anteil wird abgezogen)</td> </tr> <tr> <td>Rentenversicherung *</td> <td>1</td> <td>RV-Pflichtig (AN-Anteil wird abgezogen)</td> </tr> <tr> <td>Arbeitslosenversicherung *</td> <td>1</td> <td>Arbeitsförderung - voller Beitrag</td> </tr> <tr> <td>Pflegeversicherung *</td> <td>1</td> <td>PV-Pflichtig, KV-Pflichtig</td> </tr> </table> <p>sonstige Schlüssel</p> <p> Geburtsdatum 23.06.1963 Regelaltersgrenze erreicht: Nein (04/2030 < 01/2024) Kein Rentenanspruch, kein Rentenbezug Informative Hinterlegung des Datums einer Verzichtserklärung unter Besonderheiten Personenstatus * 1 Angestellter </p> <p>Umlageberechnung Umlage für Entgeltfortzahlung bis 30 Arbeitnehmer (Umlage 1 und Umlage 2)</p>							Krankenversicherung *	1	KV-Pflichtig, normaler %-Satz (AN-Anteil wird abgezogen)	Rentenversicherung *	1	RV-Pflichtig (AN-Anteil wird abgezogen)	Arbeitslosenversicherung *	1	Arbeitsförderung - voller Beitrag	Pflegeversicherung *	1	PV-Pflichtig, KV-Pflichtig
Krankenversicherung *	1	KV-Pflichtig, normaler %-Satz (AN-Anteil wird abgezogen)																
Rentenversicherung *	1	RV-Pflichtig (AN-Anteil wird abgezogen)																
Arbeitslosenversicherung *	1	Arbeitsförderung - voller Beitrag																
Pflegeversicherung *	1	PV-Pflichtig, KV-Pflichtig																

- Entsprechend der versicherungsrechtlichen Beurteilung muss die korrekte Einzugsstelle hinterlegt werden

Personal > SV / Steuer > Versicherungen

Krankenversicherung	Pflegeversicherung	PKV	Unfallversicherung (UV)	UV - Gefahrtarif	Sonstiges
Personengruppenschlüssel 101		Beitragsgruppenschlüssel KV 1 RV 1 AV 1 PV 1			
Gesetzliche Krankenversicherung					
Krankenkasse	75	Techniker Krankenkasse			
Status der Bankverbindung überprüft und im Katalog vorhanden					
Freiwillige Krankenversicherung					
Krankenkasse					
Gesamtbeitrag KV	0,00 €	<input type="checkbox"/> Selbstzahler in der freiwilligen Krankenversicherung			
Arbeitgeberzuschuss zur KV	0,00 €				
<input type="checkbox"/> keine automatische Anpassung der freiwilligen Beiträge KV - Beiträge anpassen <input type="checkbox"/> Arbeitgeberzuschuss für freiwillig Versicherte nach Entgelt <input type="checkbox"/> Arbeitgeberzuschuss KV für freiwillig Versicherte ohne Anspruch auf Krankengeld Gesamtbeitragsherabsetzung für freiwillig Versicherte bei KUG Einstellung der Gesamtbeitragsherabsetzung					
Krankenversicherungsschutz für gering- und kurzfristig Beschäftigte und Werksstudenten					
Krankenversicherungsschutz					
versichert bei					
Umlage					
Umlageart	1	Umlage 1 und Umlage 2 wird gezahlt			
Umlagekasse	75	Techniker Krankenkasse			

- Änderungen zum Entgelt/Stundenlohn oder auch zur Arbeitszeit müssen ggf. noch angepasst werden.
- Sind diese Änderungen durch den Anwender erfolgt, werden entsprechend danach die DEÜV-Meldungen erzeugt.

Umstellungen auf eine geringfügige Beschäftigung sind entsprechend für den Personengruppenschlüssel 109, Beitragsgruppenschlüssel und Krankenkasse vorzunehmen.

3.10. Elektronische Elternzeitmeldung

3.10.1. Gesetzliche Grundlagen

Mit dem 8. SGB IV-Änderungsgesetz wurde festgelegt, dass Arbeitgeber ab dem 1. Januar 2024 den Beginn und das Ende der Elternzeit bei der zuständigen Krankenkasse zu melden haben. Dabei handelt es sich um einen zusätzlichen Datensatz für pflicht- und auch freiwillig bei einer gesetzlichen Krankenkasse versichert. Dem Absatz 9 des §8a SGB IV wurde zur Klarstellung hinzugefügt, dass die Elternzeit-Meldung für geringfügig Beschäftigte nicht abzugeben ist. Gleiches gilt für privat krankenversicherte Beschäftigte.

Bisher erfolgt keine Mitteilung an die gesetzlichen Krankenkassen im DEÜV-Meldeverfahren, ob eine Arbeitnehmerin im Anschluss an die Mutterschutzfristen Elternzeit in Anspruch nimmt.

Es erfolgt nur zu Beginn des Bezuges von Mutterschaftsgeld eine Unterbrechungsmeldung. Weiterhin erfahren die Krankenkassen im bisherigen Meldeverfahren nur zeitversetzt von dem Ende der Elternzeit.

Daher ist ab dem 1. Januar 2024 der Beginn und das Ende einer Elternzeit für pflicht-/freiwillig bei einer gesetzlichen Krankenkasse versicherten Person, zusätzlich zu der "normalen" Unterbrechungsmeldung zu melden. Dadurch grenzt sich die Elternzeit-Meldung von der fachlichen Struktur des DEÜV-Meldeverfahrens ab und wird mit einem neuen, gesonderten Datensatz „DSFZ“ abgebildet, welcher in der Datensatz-Meldung (DSME) integriert wird.

Der Beginn (Grund 17) und das Ende (Grund 37) einer in Anspruch genommenen Elternzeit sind der zuständigen Krankenkasse jeweils gesondert zu melden, sofern durch die Elternzeit bei einer **krankenversicherungspflichtigen Beschäftigung** der Anspruch auf Entgelt mindestens einen Kalendermonat unterbrochen wird.

Diese Kalendermonatsfrist gilt nicht, sofern der Arbeitnehmer freiwillig bei einer gesetzlichen Krankenkasse versichert ist. Bei diesem Sachverhalt wird sichergestellt, dass die Beitragsberechnung und der Beitragsbescheid auch bei Elternzeiten von weniger als einem Kalendermonat zeitnah geändert werden können. Die Elternzeit-Meldung ist mit der nächsten Entgeltabrechnung, spätestens innerhalb von sechs Wochen abzugeben. (§ 12 Abs. 6 DEÜV)

Temporäre mehr als geringfügige Beschäftigung beim selben Arbeitgeber

Wird während der Elternzeit eine mehr als geringfügige Beschäftigung beim selben Arbeitgeber aufgenommen, ist eine Ende-Meldung (Grund 37) abzugeben, wobei der anzugebende Meldezeitraum am Vortag der Aufnahme der Beschäftigung endet.

Nach Beendigung der temporären mehr als geringfügigen Beschäftigung, ist erneut eine Beginn-Meldung (Grund 17) mit dem ersten Tag der Elternzeit nach dem Beschäftigungsende und nicht der ursprüngliche Beginn der Elternzeit abzugeben, sofern die Elternzeit weiterhin oder erneut eine Elternzeit besteht.

Bei Aufnahme, einer temporären geringfügigen Beschäftigung während der Elternzeit beim selben Arbeitgeber, ist keine zusätzliche bzw. erneute Elternzeit-Meldung abzugeben.

Beendigung der Beschäftigung während der Elternzeit

Endet das sozialversicherungsrechtliche Beschäftigungsverhältnis während der Elternzeit, ist zusätzlich zur Abmeldung eine Ende-Meldung (Grund 37) mit dem Datum des Beschäftigungsendes abzugeben.

Krankenkassenwechsel während der Elternzeit

Im Fall eines Krankenkassenwechsels während der Elternzeit, ist zum Zeitpunkt des Wechsels gegenüber der bisherigen Krankenkasse eine Ende-Meldung (Grund 37) und an die neue Krankenkasse eine Beginn-Meldung (Grund 17) mit dem ersten Tag der dort bestehenden Mitgliedschaft abzugeben

Übergangsregelung zum Inkrafttreten der Meldepflicht

Die Meldepflicht entsteht erstmalig bei ab dem 01.01.2024 beginnenden Elternzeiten. Bei Beschäftigten, die sich über den 31.12.2023 hinaus in Elternzeit befinden, ist zum Ende dieser Elternzeit keine Meldung mit Grund 37 „Ende Elternzeit“ abzugeben. Dies gilt in diesen Fällen auch bei Aufnahme einer temporären mehr als geringfügigen Beschäftigung während der Elternzeit beim selben Arbeitgeber.

Der neue Datensatz Fehlzeit (DSFZ) beinhaltet die Datenbausteine

DBNA „Name“,

DBGB „Geburtsangaben“ und

DBAN „Anschrift“.

3.10.2. Elternzeit-Meldung für pflichtversicherte Arbeitnehmer

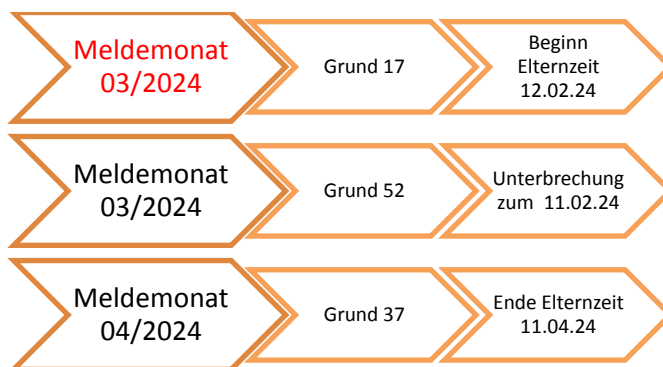
Wird der Fehlzeitschlüssel „05“ Elternzeit für einen pflichtversicherten Arbeitnehmer erfasst und gespeichert, wird die Beginn-Meldung bei einer Unterbrechungsdauer von mindestens einem Kalendermonat systemseitig mit der nächsten Abrechnung des Entgeltes an den Meldespool übergeben und mit der DEÜV-Meldung übermittelt.

Die Ende-Meldung wird mit dem Abrechnungsmonat, in dem die Elternzeit tatsächlich endet, übermittelt.

Das nachfolgende Beispiel soll zur Verdeutlichung der Meldezeitpunkte dienen:

02/2024	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29		
												EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	
03/2024	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	
04/2024	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	
	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ																				

Läge der obige Beispielfall in 2024 für einen **pflichtversicherten Arbeitnehmer** vor, so müssten gemäß des neuen Absatzes 6 des § 12 DEÜV aufgrund der Unterbrechung folgende beide gesonderten Elternzeitmeldungen mit dem neuen Datensatz DSFZ abgegeben werden:



3.10.3. Elternzeit-Meldung für freiwillig Versicherte

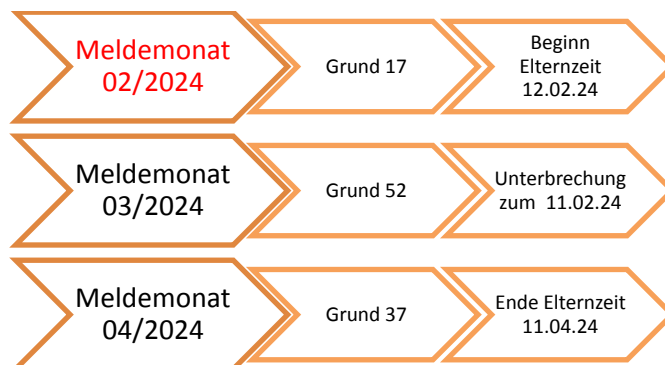
Wird der Fehlzeitschlüssel „05“ Elternzeit für einen freiwillig Versicherten erfasst, wird die Beginn-Meldung systemseitig an den Meldespool übergeben, unabhängig von der Dauer der Elternzeit, nachdem die Fehlzeit gespeichert wird.

Die Ende-Meldung wird mit dem Abrechnungsmonat, in dem die Elternzeit tatsächlich endet, übermittelt.

Das nachfolgende Beispiel soll zur Verdeutlichung der Meldezeitpunkte dienen:

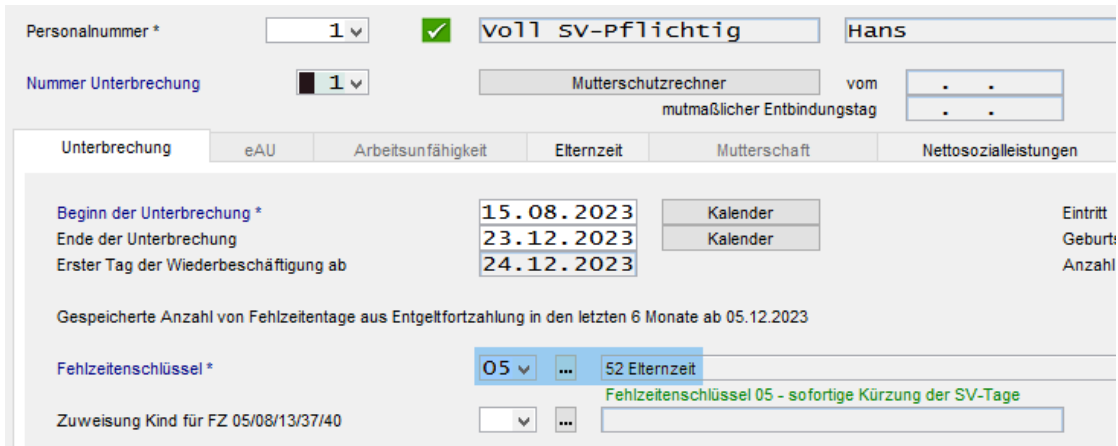
02/2024	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29		
												EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	
03/2024	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ
04/2024	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	
	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ	EZ																				

Läge der obige Beispielfall in 2024 für einen **freiwillig Versicherten** vor, so müssten gemäß des neuen Absatzes 6 des § 12 DEÜV aufgrund der Unterbrechung folgende beiden gesonderten Elternzeitmeldungen mit dem neuen Datensatz DSFZ abgegeben werden:



3.10.4. Vorgehen in LohnAs

Die Elternzeit wird wie bereits bekannt, in der Unterbrechungsmaske mit dem Fehlzeiteinschlüssel „05“ Elternzeit, erfasst und durch Anwahl des „Speichern“-Buttons im System hinterlegt.



Personalnummer * 1 ☒ voll SV-Pflichtig Hans

Nummer Unterbrechung 1 Mutterschutzrechner vom mutmaßlicher Entbindungstag

Unterbrechung eAU Arbeitsunfähigkeit Elternzeit Mutterschaft Netto Sozialleistungen

Beginn der Unterbrechung * 15.08.2023 Kalender Eintritt
 Ende der Unterbrechung 23.12.2023 Kalender Geburt:
 Erster Tag der Wiederbeschäftigung ab 24.12.2023 Anzahl

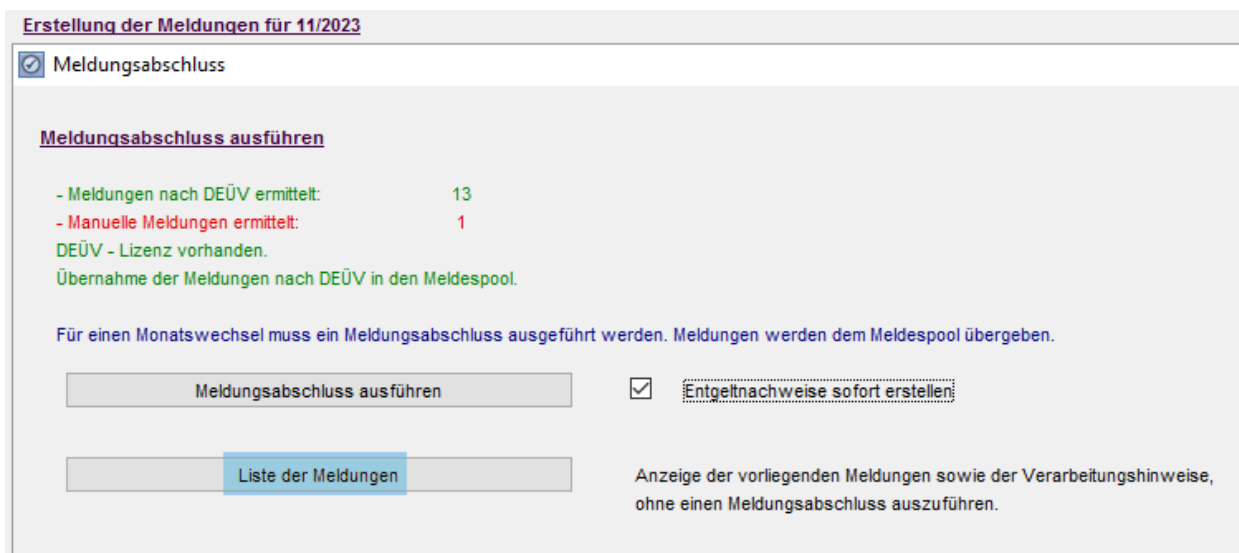
Gespeicherte Anzahl von Fehlzeiteinheiten aus Entgeltfortzahlung in den letzten 6 Monaten ab 05.12.2023

Fehlzeiteinschlüssel * 05 ... 52 Elternzeit
 Fehlzeiteinschlüssel 05 - sofortige Kürzung der SV-Tage

Zuweisung Kind für FZ 05/08/13/37/40

3.10.4.1. Liste der Meldungen, Meldedialog und Meldehistorie

Nachdem die DEÜV-Meldungen erstellt wurden, wird eine Zusammenfassung der erstellten Meldungen in der „Liste der Meldungen“ ausgegeben, in dieser werden neben den anderen DEÜV-Meldungen nun auch die Elternzeitmeldungen mit aufgeführt:



Erstellung der Meldungen für 11/2023

☒ Meldungsabschluss

Meldungsabschluss ausführen

- Meldungen nach DEÜV ermittelt: 13
 - Manuelle Meldungen ermittelt: 1
 DEÜV - Lizenz vorhanden.
 Übernahme der Meldungen nach DEÜV in den Meldespool.

Für einen Monatswechsel muss ein Meldungsabschluss ausgeführt werden. Meldungen werden dem Meldespool übergeben.

Meldungsabschluss ausführen ☒ Entgeltnachweise sofort erstellen

Liste der Meldungen Anzeige der vorliegenden Meldungen sowie der Verarbeitungshinweise, ohne einen Meldungsabschluss auszuführen.

Seite 18 / 36

Diese Meldehistorie kann auch als PDF-Dokument erstellt werden. Dieses Dokument beinhaltet detaillierte Angaben der jeweiligen Meldung, wie z.B. an welchem Datum die Meldung an die Krankenkasse versendet wurde. Die Erstellung der Übersicht wird über den Button „Meldehistorie PDF“ ausgelöst.

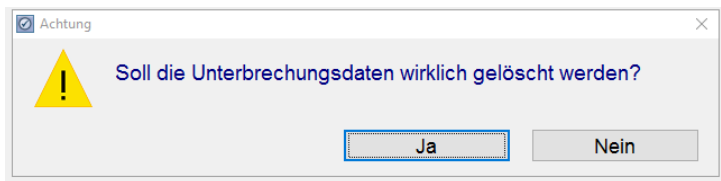
Meldehistorie PDF

DFÜ - Elternzeit (DSFZ)	November2023
(#99999#AT_EZ45#) Elternzeit Test 101 GmbH, Max-Planck-Straße 3, 12489 Berlin Hauptbetriebsnummer: 88888888	
Datum: 05.12.2023 18:06 V4.61/1.40E D03 Seite: 1	
<u>Beginnmeldung Elternzeit</u> Meldung erstellt am: 23.11.2023 Meldung versendet am: 23.11.2023 Beginn Elternzeit: 01.11.2023 Versicherungsnummer: 13080877W006 Krankenkasse: IKK classic Familienname: Wiesel Vorname: Alexander Vorsatzwort: Namenszusatz: Titel: Geburtsname: Geburtsvorsatzwort: Geburtsnamenszusatz: Geburtsdatum: Geschlecht: Geburtsort: Geburtsland: Land: Deutschland Postleitzahl: 13359 Wohnort: Berlin Strasse: Osloer Straße Hausnummer: 90 Adresszusatz:	

3.10.4.2. Stornierung

Wurde eine fehlerhafte Elternzeitmeldung bereits an eine Krankenkasse übermittelt, kann diese storniert werden. Hierfür ist es notwendig, dass der Anwender zuerst die zu stornierende Unterbrechung auswählt und dann den Button „Löschen“ anwählt. Auch bei Korrektur einer Elternzeitmeldung betreffend des Zeitraumes, muss zuerst die fehlerhafte Meldung durch Löschen der Unterbrechung storniert und erst danach die neue Unterbrechung wieder angelegt werden. Eine Ausnahme besteht bei einem Krankenkassenwechsel (s. 2.3.).

Folgendes Hinweisenfenster erscheint:



Wird dies mit „Ja“ bestätigt, wird die Unterbrechung gelöscht und die Storno-Meldung unmittelbar an den Meldespool übergeben. Die Stornierung wird in der Meldehistorie wie folgt dargestellt:

Unterbrechung	eAU	Arbeitsunfähigkeit	Elternzeit	Mutterschaft	Nettosozialleistungen	Öffentliche
Meldehistorie der elektronischen Elternzeit						
(1)	(storniert)	04.12.2023	Meldegrund: Beginn Elternzeit	Beginn: 15.08.2023	Ende :	Krankenkasse: AOK Nordost

3.10.4.3. Krankenkassenwechsel

Wird die Krankenkasse im laufenden Abrechnungsmonat im Personalstamm gewechselt, wird der neuen Krankenkasse (bei bereits übermittelter Beginn-Meldung der Elternzeit an die vorherige Krankenkasse) systemseitig, ohne Zutun des Anwenders, eine Elternzeit-Beginn-Meldung mit Beginn-Datum der Mitgliedschaft bei der neuen Krankenkasse übermittelt. Personal > SV / Steuer > Versicherungen

Personalnummer	1	...	<input checked="" type="checkbox"/>	voll SV-Pflichtig	Hans
Krankenversicherung	Pflegeversicherung	PKV	Unfallversicherung (UV)	UV - Gefahrtarif	
Personengruppenschlüssel	101	Beitragsgruppenschlüssel	KV 1	RV 1	AV
Gesetzliche Krankenversicherung					
Krankenkasse					
100 ... AOK Nordost					
KKNr	BetriebsNr	BetriebsNr_BV	aktiv	Bezeichnung	
1	48698890			DAK-Gesundheit	
2	33526082			AOK NordWest	
100	90235319		✓	AOK Nordost	
Freiwillige Krankenversicherung					
Krankenkasse					

Die Beginn-Meldung an die neue Krankenkasse (Mitgliedschaft ab 01.10.2023 bei der AOK Nordost) wird wie folgt in der Meldehistorie dargestellt:

Meldehistorie der elektronischen Elternzeit						
(1)	04.12.2023	Meldegrund: Beginn Elternzeit	Beginn: 01.10.2023	Ende :		Krankenkasse: AOK Nordost
(1)	04.12.2023	Meldegrund: Beginn Elternzeit	Beginn: 01.09.2023	Ende :		Krankenkasse: Techniker Krankenkasse

Wird eine Korrektur für zurückliegende Zeiträume betreffend eines Krankenkassenwechsels durchgeführt, wird auch hier systemseitig erkannt, dass bei einer Unterbrechung > 1 Kalendermonat, eine erneute Beginn-Meldung mit dem Mitgliedschaftsbeginn an die neue

Krankenkasse übermittelt wird. Der Anwender hat die Möglichkeit, diese Meldeautomatik in der Meldehistorie nachzuvollziehen.

Personal > Weitere Angaben > Korrektur Stammdaten

Monat / Jahr **11** **2023** Daten aus dem Lohnkonto

Beschäftigung	Steuer	SV I	SV II	UV	Versorgungswerk	Versorgungsbezug	Entgelttabelle	KUG
Beitragsgruppenschlüssel*		KV 1	RV 1	AV 1	PV 1	Kopie		
<input type="checkbox"/> Privathaushalt <input checked="" type="checkbox"/> Kein Beitragszuschlag zur Pflegeversicherung <input type="checkbox"/> Geringverdiener <input type="checkbox"/> vor Beginn der Tätigkeit arbeitslos <input type="checkbox"/> SV - Anteil übernimmt Arbeitgeber <input type="checkbox"/> Bezugsgröße BuFD für AV (PGS 123) <input type="checkbox"/> Knappschaftliche Rentenversicherung		Rentenschlüssel 0 Krankenkasse 100 Umlagekasse 100 Umlageart 1		RV Besonderheiten keine				

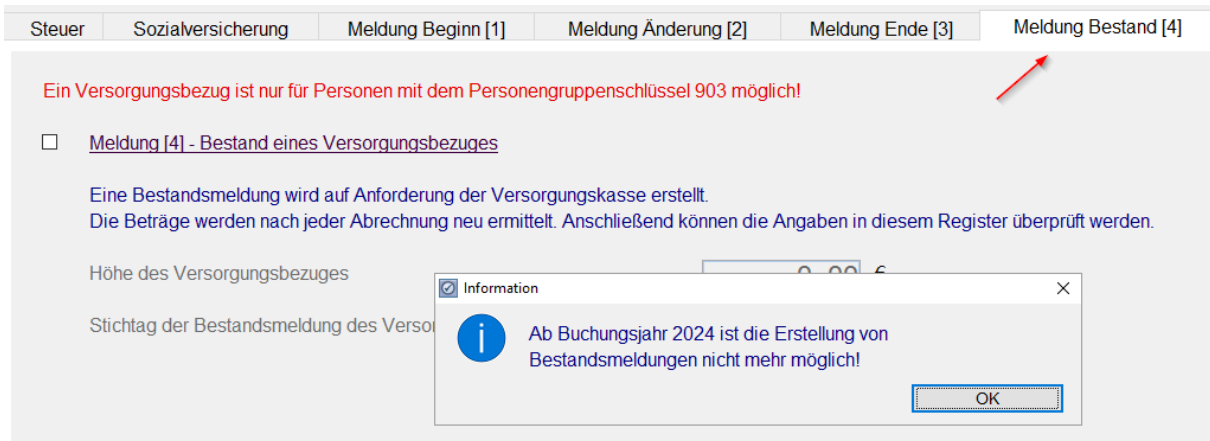
Bewegung > Unterbrechung / Fehlzeiten > Elternzeit

Unterbrechung	eAU	Arbeitsunfähigkeit	Elternzeit	Mutterschaft	Nettosozialleistungen
<u>Meldehistorie der elektronischen Elternzeit</u>					
(1)	05.12.2023	Meldegrund: Ende Elternzeit	Beginn: 15.08.2023	Ende : 23.12.2023	Krankenkasse: AOK Nordost
(1)	05.12.2023	Meldegrund: Beginn Elternzeit	Beginn: 01.11.2023	Ende :	Krankenkasse: AOK Nordost
(1)	05.12.2023	Meldegrund: Beginn Elternzeit	Beginn: 15.08.2023	Ende :	Krankenkasse: Techniker Krankenkasse

3.11. Zahlstellenmeldeverfahren – Neue Version 5.0

3.11.1. Entfall der Bestandsmeldung (MG 4)

Bestandsmeldungen waren von der Zahlstelle auf Aufforderung der Krankenkasse für entsprechende Bestandsabgleiche zu übermitteln. Mit der neuen Datensatzversion 5.0 entfällt der Meldegrund 4 zur Bestandsmeldung.



Steuer Sozialversicherung Meldung Beginn [1] Meldung Änderung [2] Meldung Ende [3] **Meldung Bestand [4]**

Ein Versorgungsbezug ist nur für Personen mit dem Personengruppenschlüssel 903 möglich!

☐ Meldung [4] - Bestand eines Versorgungsbezuges

Eine Bestandsmeldung wird auf Anforderung der Versorgungskasse erstellt.
Die Beträge werden nach jeder Abrechnung neu ermittelt. Anschließend können die Angaben in diesem Register überprüft werden.

Höhe des Versorgungsbezuges

Stichtag der Bestandsmeldung des Versor

Information

Ab Buchungsjahr 2024 ist die Erstellung von Bestandsmeldungen nicht mehr möglich!

OK

Dementsprechend sind zum 01.01.2024 noch folgende Meldetatbestände der Zahlstelle an die Krankenkasse bestehend:

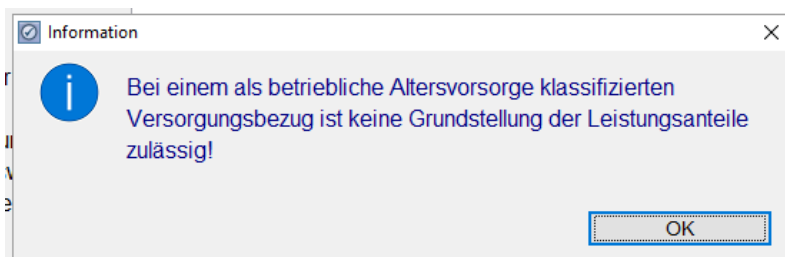
Abgabegrund	Bezeichnung
1	Bewilligung/Beginn des Versorgungsbezugs
2	Änderung des laufenden Versorgungsbezugs
3	Ende des laufenden Versorgungsbezugs

3.11.2. Begrenzung Höhe Versorgungsbezug

Nur die Leistungen einer betrieblichen Altersvorsorge (§229 (1) S. 1 Nr. 5 SGB V) sind unbeachtet der monatlichen Beitragsbemessungsgrenze in unbegrenzter Höhe zu melden. Dies dient zu der Überprüfung seitens der Krankenkassen, ob für diesen Versorgungsbezug ein Freibetrag angewendet werden kann. Grundsätzlich sind Versorgungsbezüge (§229 (1) S. 1 Nr. 1-4 SGB V) jedoch bis zur Höhe der Beitragsbemessungsgrenze zu melden. Je nach Art des Versorgungsbezugs wird systemseitig die entsprechende Höhe des Versorgungsbezugs korrekt an die Krankenkassen gemeldet.

3.11.3. Kennzeichnung anteiliger Ausschlusstatbestand

Zahlstellen haben zukünftig zusätzlich zu den oben aufgeführten Meldungen ebenfalls zu kennzeichnen, ob ein Versorgungsbezug einer betrieblichen Altersvorsorge zusätzliche Leistungsanteile aus einer betrieblichen Riesterrente oder nach dem Ende der Beschäftigung als alleiniger Versicherungsnehmer finanzierte Beiträge (Privatanteil) enthalten sind. Wählt der Anwender entsprechend den Versorgungsbezug einer betrieblichen Altersvorsorge aus, wird folgender Hinweis ausgegeben:



Um die Kennzeichnung vorzunehmen ist nun über das Drop-down-Menü die entsprechende Kennzeichnung vorzunehmen:

Steuer	Sozialversicherung	Meldung Beginn [1]	Meldung Änderung [2]	Meldung Ende [3]	Meldung Bestand [4]	Meldung Pseudo	Listenform
<p>Ein Versorgungsbezug ist nur für Personen mit dem Personengruppenschlüssel 903 möglich!</p> <p>Krankenversicherung der Rentner (KVdR) Der Versorgungsbezug wird nach jeder Abrechnung neu ermittelt und zur Überprüfung angezeigt. Höhe des Versorgungsbezuges: 0,00 € Versorgungskasse: ... KK-Versnr ab 01/2015 leer Anzeige der Bezüge: Versicherungsnummer</p> <p>Angaben zur Beitragsberechnung und Meldedaten VB-max. (individuelle BBG KV / PV Mitteilung durch Krankenkasse): 0,00 € Bei einer individuelle Beitragsbemessungsgrenze von 0.00€ wird unter Berücksichtigung der BBG KV/PV der Versorgungsbezug verbeitragt. Beitragsabführung: <input type="radio"/> Nein (KV und PV) <input type="radio"/> Ja (KV und PV) <input type="radio"/> Ja (nur KV) <input type="radio"/> Ja (KV und PV) Beihilfe/Heilfürsorge Mehrfachbezug: <input type="radio"/> [0] Grundstellung <input type="radio"/> [1] Nein <input type="radio"/> [2] Ja <input type="radio"/> [3] Ja (Geringbezieher) Anspruch auf einen Freibetrag nach § 229 Abs. 1 S. 1 Nr. 5 SGB V: 0,00 € Sind Leistungsanteile im Versorgungsbezug enthalten? Handelt es sich um eine Waisenleistung? Anspruch auf Beihilfe <input type="checkbox"/> Beitragsberechnung unterhalb der Geringbeziehergrenze bei Mehrfachbezug</p> <p>keine Leistungsanteile keine Leistungsanteile Leistungsanteile nach §92 EStG (Riesterrente) oder Privatanteile</p>							

Die Zahlstelle meldet lediglich, ob ein Leistungsanteil im Sinne von §229 (1) S. 1 Nr. 5 2. Halbsatz SGB V gezahlt wird, der kein Versorgungsbezug darstellt. Die Krankenkasse ermittelt dann die Höhe des Zahlungsbetrags des Leistungsanteils außerhalb des Zahlstellenmeldeverfahrens.

Um ein erhöhtes Meldevolumen im Verfahren zu vermeiden, sind bei bestehenden Betriebsrenten, die über den 31.12.2023 hinaus gezahlt werden, keine Änderungsmeldung zum 01.01.2024 allein aus Anlass der Angabe dieses Kennzeichens vorzunehmen. Die Kennzeichnungspflicht entsteht damit erstmalig mit Abgabe der nächsten regulären Meldung.

3.11.4. Kennzeichnung von Waisenleistungen

Abhängig davon, unter welchen Voraussetzungen eine Waisenleistung bezogen wird, ist diese beitragsfrei oder beitragspflichtig. Um die Beitragsabführungspflicht beurteilen zu können, benötigen die Krankenkasse eine differenzierte Angabe über die folgenden Ausprägungsarten:

- eine Waisenleistung aus einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis oder aus einem Arbeitsverhältnis mit Anspruch auf Versorgung nach beamtenrechtlichen Vorschriften (Nummer 1 des § 229 Absatz 1 Satz 1 SGB V),
- eine Waisenleistung einer berufsständischen Versorgungseinrichtung (Nummer 3 des § 229 Absatz 1 Satz 1 SGB V) oder
- eine Waisenrente nach § 15 ALG (Nummer 4 des § 229 Absatz 1 Satz 1 SGB V)

Hinweis: Waisenleistungen der betrieblichen Altersversorgung sind hingegen nicht in den Meldungen zu kennzeichnen.

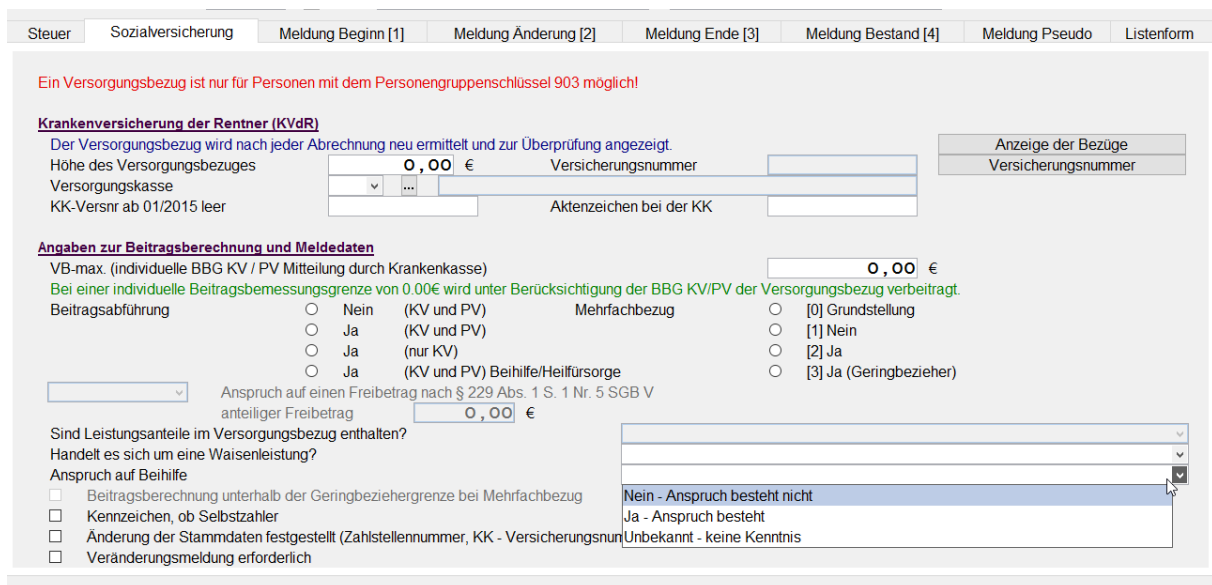
Diese Angabe kann ab dem 01.01.2024 wie folgt gekennzeichnet werden:

Steuer	Sozialversicherung	Meldung Beginn [1]	Meldung Änderung [2]	Meldung Ende [3]	Meldung Bestand [4]	Meldung Pseudo	Listenform
<p>Ein Versorgungsbezug ist nur für Personen mit dem Personengruppenschlüssel 903 möglich!</p>							
<p>Krankenversicherung der Rentner (KVdR)</p> <p>Der Versorgungsbezug wird nach jeder Abrechnung neu ermittelt und zur Überprüfung angezeigt.</p> <p>Höhe des Versorgungsbezuges: 0,00 €</p> <p>Versicherungsnummer: []</p> <p>Versorgungskasse: []</p> <p>KK-Versnr ab 01/2015 leer: []</p> <p>Aktenzeichen bei der KK: []</p> <p>Anzeige der Bezüge: []</p> <p>Versicherungsnummer: []</p>							
<p>Angaben zur Beitragsberechnung und Meldedaten</p> <p>VB-max. (individuelle BBG KV / PV Mitteilung durch Krankenkasse): 0,00 €</p> <p>Bei einer individuellen Beitragsbemessungsgrenze von 0.00€ wird unter Berücksichtigung der BBG KV/PV der Versorgungsbezug verbeitragt.</p> <p>Beitragsabführung: <input type="radio"/> Nein (KV und PV) <input type="radio"/> Ja (KV und PV) <input type="radio"/> Ja (nur KV) <input type="radio"/> Ja (KV und PV) Beihilfe/Heilfürsorge</p> <p>Mehrfachbezug: <input type="radio"/> [0] Grundstellung <input type="radio"/> [1] Nein <input type="radio"/> [2] Ja <input type="radio"/> [3] Ja (Geringbezieher)</p> <p>Anspruch auf einen Freibetrag nach § 229 Abs. 1 S. 1 Nr. 5 SGB V: []</p> <p>anteiliger Freibetrag: 0,00 €</p> <p>Sind Leistungsanteile im Versorgungsbezug enthalten? <input type="checkbox"/></p> <p>Handelt es sich um eine Waisenleistung? <input type="checkbox"/></p> <p>Anspruch auf Beihilfe: <input type="checkbox"/></p> <p>Beitragsberechnung unterhalb der Geringbeziehergrenze bei Mehrfachbezug: <input type="checkbox"/></p> <p>Kennzeichen, ob Selbstzahler: <input type="checkbox"/></p> <p>Änderung der Stammdaten festgestellt (Zahlstellennummer, KK - Versicherungsnummer): <input type="checkbox"/></p> <p>keine Waisenleistung</p> <p>Waisenleistung nach §229 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB V</p> <p>Waisenleistung nach §229 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 SGB V</p> <p>Waisenleistung nach §229 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 SGB V</p>							

Auch hier gilt die Ausnahmeregelung für Bestandsfälle. Die Kennzeichnungspflicht entsteht somit erstmalig mit Abgabe der nächsten Meldung.

3.11.5. Eindeutige Angabe zum Anspruch auf Beihilfe durch die Zahlstelle

Bislang gab es lediglich die Möglichkeit den Beihilfeanspruch mit einem „Ja“ oder „Nein oder nicht bekannt“ zu kennzeichnen. Zum 01.01.2024 wird für die Unkenntnis, ob ein Beihilfeanspruch besteht, nun eine eigene Ausprägung eingeführt. So können die Krankenkassen die Beitragsabführungspflicht bzgl. der Pflegeversicherung besser beurteilen und ggf. von Amtswegen einen etwaigen Anspruch auf Beihilfe prüfen. Sofern ein Anspruch auf Beihilfe besteht, meldet die Krankenkasse dies der Zahlstelle in Form der Kennziffer 4 im Feld Beitragsabführungspflicht zurück. Aufgrund dieser Änderungen wurde die ursprüngliche Checkbox durch ein Drop-down-Menü mit den entsprechenden Auswahlmöglichkeiten ersetzt.



3.11.6. Neuer Meldegrund – Rückmeldung unzuständige Krankenkasse

Sofern die Krankenkasse systemseitig feststellt, dass keine Versicherung für den Versorgungsempfänger besteht, erhält die Zahlstelle von der unzuständigen Krankenkasse eine Meldung mit Abgabegrund 3 (unzuständige Krankenkasse). Diese Rückmeldung ist im Meldedialog ersichtlich und wird unter anderem in roter Schrift dargestellt.

Aufgrund dieser Rückmeldung hat die Zahlstelle die Meldung an die unzuständige Krankenkasse ggf. bei rückwirkender Zuständigkeit, zu stornieren und die Meldung an die zuständige Krankenkasse abzugeben. Eine Stornierung der Meldungen kann im Meldewesen

vorgenommen werden. Die jeweilige zu stornierende Meldung, kann in der Liste der übermittelten Meldungen ausgewählt und somit manuell storniert werden.

Meldewese > ZMV Zahlstellenmeldeverfahren > weitere Dienste und Ausgaben

weitere Dienste und Ausgaben

Meldedaten des Mandanten aktualisieren

Meldung KK an die Zahlstelle (Mandant)

manuelle Stornierungen

Versorgungsbezüge Personalstammdaten

Eine neue rückwirkende Meldung an die korrekte Krankenkasse kann erzeugt werden, in dem Sie die entsprechende Krankenkasse speichern und die jeweilige Meldung (Änderungsmeldung, Beginn-Meldung, Ende-Meldung) mit der Checkbox aktivieren und das entsprechende Datum eintragen.

Personal > SV / Steuer > Versorgungsbezüge

Steuer
Sozialversicherung
Meldung Beginn [1]
Meldung Änderung [2]
Meldung Ende [3]
Meldung Bes

Ein Versorgungsbezug ist nur für Personen mit dem Personengruppenschlüssel 903 möglich!

Krankenversicherung der Rentner (KVdR)

Der Versorgungsbezug wird nach jeder Abrechnung neu ermittelt und zur Überprüfung angezeigt.

Höhe des Versorgungsbezuges

5.000,00 €

Versicherungsnummer

Versorgungskasse

3

AOK Bremen/Bremerhaven

KK-Versnr ab 01/2015 leer

KKNr	BetriebsNr	BetriebsNr_BV	aktiv	Bezeichnung
1	15027365		✓	Techniker Krankenkasse
2	20013461		✓	hkk
3	20012084		✓	AOK Bremen/Bremerhaven
4	42938966		✓	BARMER
5	48698890		✓	DAK-Gesundheit

Angaben zur Beitragsberechnung und

VB-max. (individuelle BBG KV / PV M

Bei einer individuelle Beitragsbemess

Beitragsabführung

Steuer	Sozialversicherung	Meldung Beginn [1]	Meldung Änderung [2]	Meldung Ende [3]	Meldung B
<p>Ein Versorgungsbezug ist nur für Personen mit dem Personengruppenschlüssel 903 möglich!</p> <p>Die Beginnmeldung wird während der Erstellung der Krankenkassenauswertungen nach einer Abrechnung erstellt. Die Beträge werden nach jeder Abrechnung neu ermittelt. Anschließend können die Angaben in diesem Register überprüft werden. Beginn des Versorgungsbezuges ist der Eintritt und die Beginnmeldung wird automatisch erstellt, wenn der Eintritt im Abrechnungsmonat liegt. Hier kann eine nachträgliche bzw. abweichende Beginnmeldung hinterlegt werden.</p>					
<input checked="" type="checkbox"/> <u>Meldung [1] - Beginn des Versorgungsbezuges</u>					
Höhe des Versorgungsbezuges Beginnmeldung		<input type="text" value="5.000,00"/> €			
Beginn des Versorgungsbezuges		<input type="text" value="01.01.2024"/>		<input type="button" value="Kalender"/>	

Nachdem Sie die Eingabe mit „Speichern“ bestätigt haben, können Sie die neue Meldung nun direkt ohne eine erneute Abrechnung in den Meldespool übergeben. Zuvor müssen die Meldedaten aktualisiert (1) und danach neu übergeben (2) werden.

Meldeverfahren für Zahlstelle an Krankenkasse ZMV

Die in diesem Mandanten bereits vorhandenen Daten zu den Zahlstellen werden hier dem zentralen Meldespool übergeben. Nach der Übergabe der Meldedaten in den Meldespool für alle Mandanten müssen im Kanzleicenter unter Datenübermittlung die bereitgestellten Daten aus dem Meldespool zu einer Übertragungsdatei verarbeitet und über den Kommunikationsserver an die jeweiligen Annahmestellen gesendet werden.

☐ Bestandsmeldung Stichtag (für alle Versorgungsbezieher)

☒ Mandantenübertragungsprotokoll erstellen

[Hinweise zum Verfahren](#)

www.gkv-datenaustausch.de

> Zahlstellen - Meldeverfahren

- Grundsätze
- Datensatzbeschreibung
- Verfahrensbeschreibung

[weitere Dienste und Ausgaben](#)

Handelt es sich um einen regulären Krankenkassenwechsel, ist die vorherige Krankenkasse verpflichtet, über die Rückmeldung mit Meldegrund 6 die Betriebsnummer der neu gewählten Krankenkasse anzugeben. Für den laufenden Monat wird nach Änderung der Krankenkasse, automatisch eine Beginn- sowie Ende-Meldung erzeugt.


3.12. Betriebsdatensatz: Koppelung Betriebsnummer und Unternehmensnummer

Mit Einführung der Unternehmensnummer soll nun auch ein zentrales Basisregister beim Statistischem Bundesamt geführt werden, mit einer Liste aller einem Unternehmen zugeordneten Betriebsnummern. Um dieses Register umsetzen zu können, wurde unter anderem die Kopplung der Unternehmensnummer mit der Betriebsnummer beschlossen. Daraus resultieren folgende Prozessänderungen und damit hergehend die neue Datensatzversion des Datensatzes Betriebsdatenpflege zum 01.01.2024.

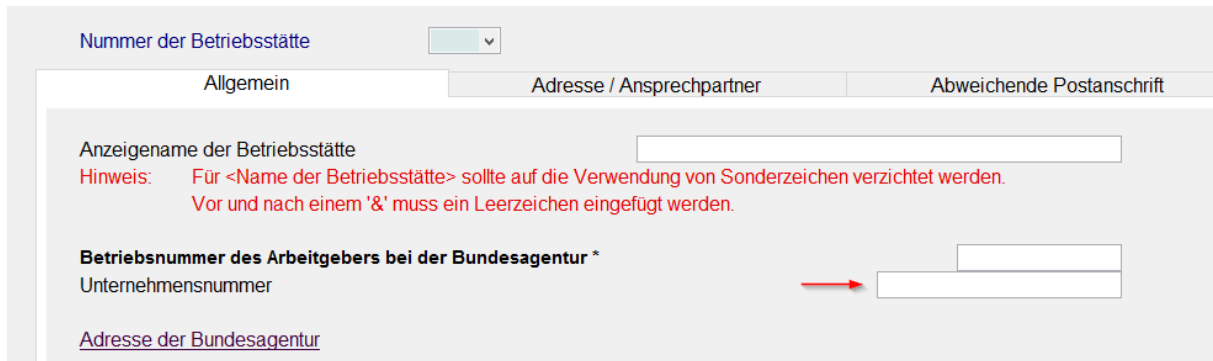
Um die Koppelung vorzunehmen haben Arbeitgeber in den Jahren 2024, 2025 und 2026 jeweils spätestens bis zum 31.05. eine Initialmeldung proaktiv mit der Betriebsnummer und zugehörigen Unternehmensnummer mit dem Datensatz Betriebsdatenpflege (DSBD) an die Bundesagentur für Arbeit zu melden. Die Initialmeldungen werden automatisiert mit der DEÜV-Erstellung ausgelöst. Ändert sich die Unternehmensnummer, wird auch hier künftig eine Änderungsmeldung mit einem entsprechenden Kennzeichen (Änderung Unternehmensnummer Ja / Nein) erzeugt. Und auch bei der erstmaligen Erfassung einer Unternehmensnummer wird ebenfalls ein Betriebsdatensatz ausgelöst und an die Bundesagentur für Arbeit übermittelt. Von Seiten der Bundesagentur für Arbeit, wird es keine Speicherbestätigung / Rückmeldung geben.

In den Meldegründen 05 (Aktueller Stand Betriebsdaten) und 06 (Neuer Dienstleister / Neue Abrechnungssoftware) wird ebenfalls die Unternehmensnummer mit dem Kennzeichen Änderung, wenn diese vorhanden ist, übermittelt.

Mandant > Betriebsnummer des Arbeitgebers

Betriebsnummer ohne mehreren Betriebsstätten	Betriebsnummern mit mehreren Betriebsstätten
<u>Betriebsnummer des Arbeitgebers bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) für nur einen Betrieb (keine Betriebsstätten)</u>	
<p>Hinterlegen Sie hier die Betriebsnummer des Arbeitgebers, wenn keine Betriebsstätten bestehen. Es kann nur dann eine Betriebsnummer eingegeben werden, wenn keine Betriebsstätten hinterlegt sind.</p>	
<p>Betriebsnummer des Arbeitgebers bei der Bundesagentur für Arbeit * der Mandant ist eine Krankenkasse (gleiche Betriebsnummer des Mandanten und der Krankenkasse) Zahlstellennummer für Beitragsnachweise für Versorgungsbezügen Unternehmensnummer</p>	
<div><input type="text"/> <input type="checkbox"/> <input type="text"/> <input type="text"/></div> <div> 123456789016110</div>	
<div>Anpassen der Krankenkassen mit der Zahlstellennummer für Versorgungsbezüge</div>	

Für Betriebsstätten wird die Unternehmensnummer der Hauptbetriebsnummer verwendet, in Fällen, in denen das Feld „Unternehmensnummer“ in der Betriebsstätten-Maske nicht befüllt ist.



Sollte die Initialmeldung aus diversen Gründen nicht proaktiv ausgelöst werden können, ist es im Einzelfall auch möglich, die Initialmeldung anwenderseitig auszulösen. Als Datum wird, abweichend zu den anderen Abgabegründen, immer das Ereignisdatum übermittelt.

Mandant > Adressdaten



3.13. Anpassungen im A1-Verfahren

Die Ausnahmerevereinbarung erhält eine neue Datensatzversion. Inhalt dieses Updates der Versionsnummer 2.0 auf 2.1 ist das neue Feld *Telearbeit-Anteil*.

Seit dem 01.07.2023 kann bis zu 49,99% der Gesamtarbeitszeit in Form von grenzüberschreitender Telearbeit im Wohnstaat erbracht werden, ohne dass dies Auswirkung auf die Anwendbarkeit des Sozialversicherungsrechts hat. Bei der Berechnung muss die voraussichtliche Sachlage in den folgenden zwölf Kalendermonaten berücksichtigt werden. Planbare Zeiten wie Urlaub, an denen die Beschäftigung nicht ausgeübt wird, sind zu berücksichtigen (im Gegensatz zu ungeplanten Ausfallzeiten wie Krankheit).

Unter Telearbeit im Sinne dieses Übereinkommens fallen Tätigkeiten, die ortsunabhängig erbracht werden in den Räumlichkeiten des Arbeitgebers oder an dessen Sitz ausgeübt werden könnten, jedoch

- in einem anderen Mitgliedstaat ausgeübt werden als dem, in welchem sich der Sitz des Arbeitgebers befindet und
- sich auf Informationstechnologie stützen, um mit der Arbeitsumgebung des Arbeitgebers sowie zu Beteiligten/Kunden in Verbindung zu bleiben, um die vom Arbeitgeber übertragenen Aufgaben zu erfüllen.

Das Rahmenübereinkommen kann nur dann in Anspruch genommen werden, wenn sowohl der Wohnstaat der beschäftigten Person als auch der Staat des Arbeitgebersitzes sie unterzeichnet haben.

Der belgische Föderale Öffentliche Dienst Soziale Sicherheit sammelt und veröffentlicht die Informationen zu den Unterzeichnerstaaten.

Mit der neuen Datensatzversion 2.1, gibt es unter den Einsatzorten im Register Beschäftigung Ausland (2), die Möglichkeit eine Prozentzahl für die ausgeübte Telearbeit einzugeben. Es kann ein Wert von 1-100 angegeben werden. Unter den Einsatzorten sind dann sämtliche Orte anzugeben, an denen die Beschäftigung im Wohnstaat ausgeübt wird. Die Vereinbarung für einen Arbeitnehmer wird maximal für drei Jahre geschlossen, wobei Verlängerungen möglich sind.

Angaben Person	Angaben Arbeitgeber	Beschäftigung Deutschland	Beschäftigung Ausland (1)	Beschäftigung Ausland (2)	Ergänzende Angaben	Erklärung
A1 Antrag Ausnahmerevereinbarung						
Verbund	<input type="checkbox"/> Die Beschäftigung wird bei einem verbundenen Unternehmen ausgeübt (z.B. Mutter- oder Tochtergesellschaft)					
Ablösung	<input type="checkbox"/> Die Person löst eine zuvor in den gleichen Mitgliedsstaat entsandte Person ab.					
Staaten	<input type="checkbox"/> Die Beschäftigung wird im Antragszeitraum ausschließlich in den genannten Einsatzstaaten ausgeübt (nicht zusätzlich in weiteren)					
Gesamtdauer	<input type="checkbox"/> Die Gesamtdauer der Beschäftigung beträgt unter Berücksichtigung des aktuellen Antragszeitraumes mehr als 5 Jahre					
Begründung	<input type="text"/> , aus welchem Grund in diesem Einzelfall die Anwendung der deutschen Rechtsvorschrift über die soziale Sicherheit gerechtfertigt sind.					
Besonderheit	<input type="text"/> Besonderer Umstände, die den Abschluss einer Ausnahmerevereinbarung erforderlich machen.					
Einsatzort	<div style="border: 1px solid black; padding: 5px;"> <div style="display: flex; justify-content: space-between;"> Bezeichnung Beschäftigungsstelle Anschrift </div> <div style="height: 100px; border: 1px solid black; margin-top: 5px;"></div> </div> <div style="display: flex; justify-content: space-between; margin-top: 10px;"> <div> Bezeichnung <input type="text"/> Strasse <input type="text"/> Postleitzahl <input type="text"/> Ort <input type="text"/> Hausnr. <input type="text"/> </div> <div> <div style="border: 1px solid blue; padding: 2px;">Telearbeit</div> <div style="border: 1px solid red; padding: 2px; margin-top: 5px;">Angabe in Prozent</div> Adresszusatz <input type="text"/> Land <input type="text"/> </div> </div> <div style="display: flex; justify-content: space-around; margin-top: 10px;"> <div>Einsatzort übernehmen</div> <div>Neuen Einsatzort hinzufügen</div> <div>Einsatzort löschen</div> </div>					

3.14. Änderungen in der EEL - Datensatzversion 12

Durch die neue Datensatzversion 12 zum 01.01.2024, haben sich in LohnAs neue Feldanpassungen ergeben.

Neues Feld „Kinder unter 25“

Mit dem Pflegeunterstützungs- und Entlastungsgesetz PUEG wurde der Beitragsabschlag für „Kinderreiche“ eingeführt. Da aus den Entgeltersatzleistungen ebenfalls Sozialversicherungsbeiträge zu berechnen sind, benötigen die Krankenkasse die Angaben zu den Kindern unter 25 Jahren in der Entgeltbescheinigung. Um dies umsetzen zu können, wurde das neue Feld „Kinder-Unter-25“ hinzugefügt. Dieses Feld wurde unter dem Reiter „Allgemein“ und „Freistellung“ integriert.

Maßgebend für die Angaben ist der Monat, in dem die Entgeltersatzleistung beginnt. Die Daten sind ausgehend vom Meldezeitpunkt zu beurteilen. Kommt es im Nachgang zu einer Veränderung der Daten, muss jedoch keine Storno- und Neumeldung erfolgen

Bei Meldungen an die Rentenversicherung, Unfallversicherung und die Arbeitsagentur ist nur die „Grundstellung“ zulässig.

Allgemein	Entgelt	Arbeitszeit	Kind krank	Abwesenheit	Freistellung	Unfall	Mutterschaft	Vorerkrankung	Anforderung Ende	Einnahmen	Tei
Allgemeines (DBAL)											
1.1	Arbeitsunfähigkeit (AU) ab *		15.10.2023		Kalender		<input type="checkbox"/> Vom Sozialleistungsträger die Höhe der Entgeltersatzleistung anfordern				
1.2	letzter bezahlter Tag vor Beginn der AU am * während der AU wird Arbeitsentgelt weitergezahlt bis Am ersten Tag der Arbeitsunfähigkeit noch gearbeitet		14.10.2023 14.10.2023		Kalender Kalender						
1.3	über das Ende der EFZ hinaus weitergezahltes Arbeitsentgelt		<input type="checkbox"/> laufend <input type="checkbox"/>		bis		-		-		Kalender
1.4	Das Arbeitsverhältnis wurde beendet		am		-		-		Kalender		durch
			zum		-		-		Kalender		
1.5	Pflegeversicherungszuschlag für Kinderlose Teilnahme am Arbeitszeitmodell Handelt es sich um eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme		<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>		Kinder unter 25 Jahren		3 Kinder weniger als 2 2 Kinder 3 Kinder 4 Kinder 5 und mehr				
1.6	EEL nach SGB III gezahlt		nein		von		-		-		Kalender
	Lohnausgleich im Baugewerbe		von		-		-		-		Kalender
			von		-		-		-		Kalender

Angaben zur Freistellung bei Erkrankung / Verletzung des Kindes (DBFR)

6. Name des Kindes Die Zuordnung des Kindes erfolgt über die Fehlzeitenmaske

6.1 Das Arbeitsverhältnis wurde beendet zum:

6.2.1 Wegen Erkrankung des Kindes von der Arbeit freigestellt vom bis

6.2.2 Wurde am ersten Tag der Erkrankung des Kindes teilweise gearbeitet, aber für den gesamten Tag Arbeitsentgelt gezahlt?

6.2.3 Anzahl der Arbeitstage im Freistellungsraum Kinder bis 25 Jahren

6.2.4 Für den genannten Zeitraum ist der Anspruch auf bezahlte Freistellung:

6.2.5 Der angegebene Anspruch auf Freistellung bestand vom bis

6.2.6 Im laufenden Kalenderjahr wurde wegen Erkrankung desselben Kindes ganztägige bezahlte Freistellung bereits an Arbeitstagen gewährt

6.3.1 Höhe des während der Freistellung ausgefallenen Arbeitsentgelts Brutto Netto

6.3.2 Wurde in den letzten 12 Kalendermonaten vor Beginn der Freistellung beitragspflichtige Einmalzahlungen gewährt

Neue Ausprägung für Qualifizierungsgeld

Das Qualifizierungsgeld wurde mit dem am 20.07.2023 verkündeten Gesetz zur Stärkung der Aus- und Weiterbildungsförderung zum 01.04.2024 verabschiedet und stellt eine weitere Entgeltersatzleistung der Bundesagentur für Arbeit nach §3 Absatz 4 SGB III dar:

Mit der Einführung des sogenannten **Qualifizierungsgeldes** zum 01.04.2024 wurde das Feld unter dem Punkt 1.6 umbenannt und um eine neue Ausprägung [4] „Qualifizierungsgeld“ erweitert.

Die Höhe des Qualifizierungsgelds orientiert sich am Kurzarbeitergeld (KuG) und wird als Entgeltersatz während einer Weiterbildung analog in Höhe von 60 bzw. 67 Prozent der Nettoentgeltdifferenz gezahlt. Weitere Informationen finden Sie unter §82 SGB III.

Handelt es sich um eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme ☐

1.6 EEL nach SGB III gezahlt von Kalender bis Kalender

Lohnausgleich im Baugewerbe von Kalender bis Kalender

von Kalender bis Kalender

von Kalender bis Kalender

iske 1.40E Mandant: #99999#AT_EEL# / AT EEL GmbH in 11 / 2023 abgerechnet Durchlauf 01

3.15. Verpflichtender Abruf einer Versicherungsnummer

Um den ITSG-Anforderungen gerecht zu werden, sind wir aktuell in der Umsetzung, den Abruf der Versicherungsnummer bei vorliegender und nicht vorliegender Versicherungsnummer, durchzuführen.

Um dieses Verfahren umsetzen zu können, sind ab 01.01.2024 der Geburtsort, -name, -land, verpflichtende Angabe in der Personalstammmaske. Dies bedeutet in der Umsetzung, dass bei Neuanlagen auch bei vorhandener Versicherungsnummer diese Felder befüllt werden müssen. Ist der Geburtsort nicht bekannt, ist ebenfalls der Wert „unbekannt“ möglich. Ist das Geburtsland nicht bekannt, muss „ohne Angabe“ hinterlegt werden. Der Geburtsname wird automatisch, nach Bestätigung durch den Anwender, mit dem vorhandenen Nachnamen ergänzt.

Für Bestandsfälle werden diese Felder nur verpflichtend abgefragt, wenn sich die Versicherungsnummer ändert.

3.16. Soka-Berlin – Neues Arbeitgeber-Portal löst DAPI-Upload ab

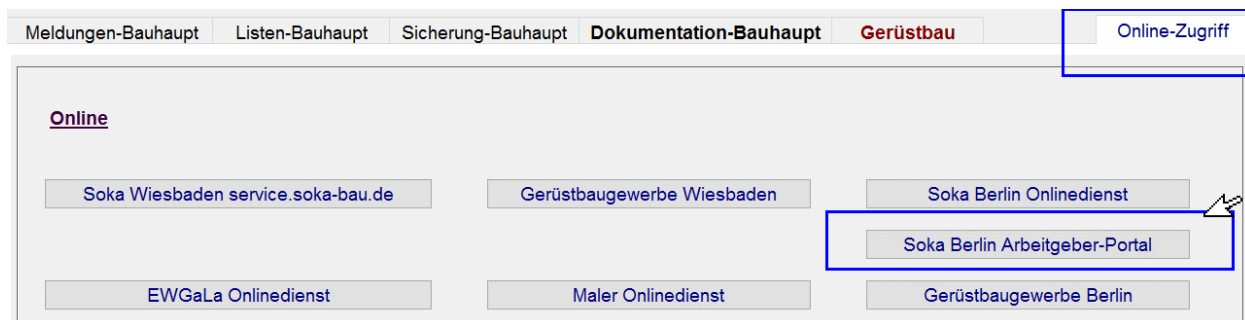
Die Sozialkasse Berlin stellt zum 31.12.2023 den Upload der Meldedatei über den bekannten „DAPI-Upload per Internet“ ein. Seit 07/2023 schreibt die Sozialkasse die Arbeitgeber an und teilt zur Registrierung die Konto-ID und den Registrierungsschlüssel zur erstmaligen Anmeldung an dem neuen Arbeitgeber-Portal mit.

Weitere Informationen mit Angaben des Ansprechpartners finden Sie auch über <https://www.sozialkasse-berlin.de/onlinedienste/>

Zukünftig wird die Monatsmeldedatei nur noch über das neue Arbeitgeber-Portal im gesonderten Bereich „Upload“ übermittelt. Am Datei-Format sowie an der Bezeichnung der Monatsmeldedatei ändert sich derzeit nichts.

Soka-Berlin stellt im bisherigen DAPI-Upload-Bereich einen Link zum neuen Arbeitgeber-Portal bereit.

Zusätzlich haben wir eine neue Verknüpfung auf das Arbeitgeber-Portal bereitgestellt. Nutzen Sie wie bisher aus der Maske 8079 über **Online-Zugriffe** die neue Verknüpfung **Soka Berlin Arbeitgeber-Portal**:



Über diesen neuen Link gelangen Sie direkt in die Anmeldemaske des neuen Berliner Arbeitgeber-Portals bzw. Firmen-Portals.



Anmeldung

E-Mail

Pflichtangabe

Passwort

Pflichtangabe

Passwort vergessen?

Anmelden

Sie nutzen noch nicht das Firmenportal?
Registrieren Sie sich jetzt.

Jetzt registrieren

3.17. Saison-Kug/Kug – Neue Tabellenberechnung ab 01.2024

Mit diesem Update wird der neue Lohnsteuer-Programmablaufplan (PAP) mit Berechnung Saison-KUG/KUG ab 01.2024 zur Verfügung gestellt. Die derzeit seitens Arbeitsagentur publizierten Tabellen für die Berechnung des Kurzarbeitergeldes ab 2024 wurde dem veröffentlichten PAP zugrunde gelegt.

Erst nach Verabschiedung und Veröffentlichung des Wachstumschancengesetzes wird geprüft, inwiefern sich hieraus Änderungen für die Berechnung des Kurzarbeitergeldes ergeben. Sofern dies der Fall ist, werden neue Tabellen unter Berücksichtigung der Anpassungen aus dem Wachstumschancengesetz seitens Arbeitsagentur publiziert und darauf unsererseits aktualisiert. Vorausschauend wird dies ähnlich im vergangenen Jahr erneut zu Korrekturabrechnungen aus dem Abrechnungsmonat April 2024 rückwirkend zum Januar 2024 führen.

3.18. Saison-Kug/Kug – Hinweis manueller Eintrag-Abrechnungsliste

Die Versionen Antrag Kug-107/Kug-307 sowie der Abrechnungslisten Kug-108/Kug-308 bleiben unverändert.

Bitte beachten Sie das auch weiterhin bei Personalveränderungen diese Angaben manuell in der S-Kug/Kug – Abrechnungsliste hinterlegt werden müssen. Es erfolgt noch keine automatisierte Versorgung der betreffenden Sachverhalte in die Abrechnungsliste Feld „Personalveränderung“.

Innerhalb den S-KUG/Kug- Anträgen verweisen wir auf der zweiten Seite im letzten Satz „Wichtig interne Information“ darauf.

3.19. Bauhauptgewerbe – Änderungen SOKA-Beiträge ab 01.01.2024

Dem Tarifvorschlag über eine Änderung der Sozialkassenbeiträge vom 01.12.2023 wurde zugestimmt. Die Allgemeinverbindlichkeit wurde am 14.12.2023 mit einer Gültigkeit zum 01.01.2024 beantragt.

Nachfolgende Änderungen der Beiträge für gewerbliche sowie angestellte Arbeitnehmer.

	Tarifgebiet WEST		Tarifgebiet Berlin WEST		Tarifgebiet Berlin OST		Tarifgebiet OST	
	Bis 31.12.2023	Ab 01.01.2024	Bis 31.12.2023	Ab 01.01.2024	Bis 31.12.2023	Ab 01.01.2024	Bis 31.12.2023	Ab 01.01.2024
Gesamtbeitrag gewerbliche Arbeitnehmer	20,80%	20,50%	25,75%	25,65%	23,65%	23,85%	unverändert 18,70 %	
Beitrag Angestellte	unverändert 85,00 € (67,00 € + 18,00 €)		45,50 € (27,50 € + 18,00 €)		53,00 € (35,00 € + 18,00 €)	45,50 € (27,50 € + 18,00 €)	53,00 € (35,00 € + 18,00 €)	53,00 € (35,00 € + 18,00 €)
bAV- ZVK Beitrag	3,20%	3,20%	3,20%	3,20%	1,10%	1,40%	1,10%	1,40%

Mit freundlichen Grüßen
Ihr LohnAs - Team